



Stadtverband Ratingen

6 Jahre Zukunft

Programm der FDP Ratingen
zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014

FDP Ratingen
Anna-Tina Pannes
(Stadtverbandsvorsitzende)

Geschäftsstelle:
Hans-Böckler-Straße 38
40878 Ratingen
Email: partei@fdp-ratingen.de
www.fdp-ratingen.de

facebook.de/fdpratingen
twitter.de/fdpratingen

6 Jahre Zukunft – Programm der FDP Ratingen zur Kommunalwahl 2014

Übersicht

Unser Ziel: Weniger Schulden, mehr Chancen

1 Heimatstadt *Miteinander leben in Ratingen*

- 1.1 Echte Chancen für die junge Generation,
- 1.2 Willkommene Vielfalt: Miteinander der Generationen, weltoffene Stadt
- 1.3 Wohnraum Ratingen stärken, Sicherheit und Freiheit bewahren

2 Standort Ratingen *Eine starke Wirtschaft für eine starke Stadt*

- 2.1 Anreize statt Belastung – Steuern und Abgaben moderat halten
- 2.2 Gewerbeflächen sichern und weiterentwickeln
- 2.3 Wirtschaftsförderung stärken

3 Heute und morgen *Perspektiven der Stadtgestaltung*

- 3.1 Stadtplanung mit Konsequenz, Mut und Visionen
- 3.2 Ratingen als Einkaufsstadt stärken
- 3.3 Großprojekte zielsicher umsetzen

4 Stabilität, Mobilität *Eine tragfähige Infrastruktur*

- 4.1 Vielseitigkeit bewahren – Ausgleiche bei der Nutzung schaffen
- 4.2 Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur
- 4.3 Landschaft schützen

5 Freie Zeit *Aktiv in Ratingen*

- 5.1 Sportbegeistert – Sport begeistert
- 5.2 Erholung suchen und finden
- 5.3 Vielfalt der Kultur würdigen und stützen

6 Miteinander *Bürgerinnen und Bürger beteiligen*

- 6.1 Bürgerschaftliches Engagement als Basis unseres Gemeinwesens
- 6.2 Leitbild einer kooperativen Verwaltung etablieren
- 6.3 Erklären und Beteiligen

Ihre Stimme für 6 Jahre Zukunft

Anlage: Auflistung Anträge der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Ratingen 2009-2014

6 Jahre Zukunft

Programm der FDP Ratingen zur Kommunalwahl 2014

Am 25. Mai 2014 wird der Rat der Stadt Ratingen gewählt. Für *6 Jahre* werden dann die Weichen in unserer Stadt neu gestellt. In dieser langen Zeit bis zur nächsten Wahl werden auf Ratingen große Herausforderungen zukommen. Gefragt ist deshalb eine tragfähige Orientierung. Wir sagen: Wahlaussagen, die nur auf die aktuelle Situation abstellen und dazu noch Wahlgeschenke versprechen, lehnen wir ab. Gerade in der Finanzpolitik, die die Rahmenbedingungen für alles andere festlegt, brauchen wir eine klare Zukunftsorientierung – damit wir uns auch zukünftig leisten können, was wir uns leisten möchten, und damit wir vor allem der jungen Generation echte Chancen geben können. Die FDP Ratingen bewirbt sich deshalb bei den Bürgerinnen und Bürgern mit einem Programm für die Zukunft: ehrlich, langfristig, gestaltungsfreudig.

Solide Finanzen, Verantwortung für faire Chancen und eine hohe Lebensqualität, gute Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft, eine vernünftige und visionäre Stadtplanung, Pflege und Modernisierung der Infrastruktur, ein bedarfsgerechtes Verkehrsangebot, Stärkung des Miteinanders – dafür steht die FDP. Wir wollen uns für eine gute Zukunft unserer Heimatstadt einsetzen.

Unser Ziel: Weniger Schulden, mehr Chancen

Das Thema Finanzen wird für Ratingen bestimmend werden. Mit einer vernünftigen, sparsamen und verlässlichen Finanzpolitik müssen wir unsere Zukunft sichern: Nur so können wir uns die Handlungsfähigkeit erhalten, um die hohe Lebensqualität in Ratingen zu sichern. Wir brauchen auch zukünftig finanzielle Spielräume, um uns das leisten zu können, was wir uns leisten wollen.

Diese Handlungsfähigkeit wird aber durch die hohen Schulden bedroht. Aktuell lasten auf unserer Stadt über 120 Millionen Euro Schulden; bis zum Jahr 2017 werden sie auf über 160 Millionen Euro ansteigen. Die momentan niedrigen Zinsen verdecken die Gefahr, die mit den hohen Schulden verbunden ist. Das Zinsrisiko macht die Schulden noch belastender als der Ist-Zustand zeigt. Diese Schulden lasten aber nicht virtuell auf unserer Stadt, sondern sehr konkret auf der jungen Generation, die diese abtragen muss. Gerade die junge Generation belasten wir mit den Schulden doppelt: Jeden Euro, den wir in die Zinsen stecken müssen, können wir nicht in faire Chancen investieren. Die Senkung der Schulden muss daher ein vordringliches Ziel sein.

Ein nicht ausgeglichener Haushalt darf nicht als Normalfall einfach hingenommen werden. Deshalb haben wir die Aufstockung der Ausgleichsrücklage abgelehnt, die es Ratingen formal erlauben würde, mehr Schulden aufzunehmen. Dieser rein bu-

chungstechnische Spielraum, dem keine tatsächlichen Sicherheiten gegenüberstehen, erhöht die Gefahr neuer Begehrlichkeiten. Auch ohne die Belastung durch die „Solidarumlage“ des Landes wird die Stadt in diesem Jahr rund 2,7 Millionen Euro mehr ausgeben, als sie einnimmt. Diese Lücke darf nicht dauerhaft bestehen. In den nächsten 6 Jahren müssen wir den Einstieg zu einem ausgeglichenen Haushalt schaffen. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: Wir bekennen uns zu der Vision eines schuldenfreien Ratingens. Keine Frage: Wir sind davon heute und morgen noch weit entfernt. Aber als handlungsleitendes Ziel sollte uns die Schuldenfreiheit nicht verloren gehen. Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist der Einstieg in eine generationengerechte Finanzpolitik möglich. Die FDP ist für dieses Gemeinschaftsprojekt bereit. Wir schlagen daher eine parteiübergreifende Initiative vor, in der sich nach der Wahl die Fraktionen, Bürgermeister und Verwaltung sowie Vertreter aller gesellschaftlichen Bereiche über Wege aus der wachsenden Schuldenproblematik austauschen. Wir werben für ein gemeinsames Bekenntnis: Weniger einengende Schulden, mehr nutzbare Chancen. Das ist unser Ratingen.

Keine neuen Aufgaben, keine Wahlgeschenke, keine Luxusinvestitionen

Uns ist klar: Ratingen ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität. Wir wollen diese erhalten und für alle Bürgerinnen und Bürger ausbauen. Ein Streich- und Spardiktat darf es nicht geben, weil es diese Lebensqualität gefährden würde. Für die FDP steht deshalb eine Finanzpolitik im Vordergrund, die vorhandene Spielräume bei Investitionen und Einnahmesicherung (► *Standort Ratingen*) nutzt.

Steigende Schulden dürfen nicht einhergehen mit steigenden Aufgaben. Viele Großprojekte – Ausbau der Kindertagesbetreuung, Sanierung von Schulen und Sportstätten, Rathausneubau, Düsseldorfer Platz – (► *Heute und morgen*) sind in den kommenden Jahren zu stemmen. Weitere, nicht unmittelbar notwendige Aufgaben sollten nicht hinzukommen. Insbesondere fordert die FDP den Verzicht auf Wahlgeschenke und Luxusinvestitionen. Grundsätzlich sollte die Haushaltspolitik stärker wirkungsorientiert ausgerichtet werden und dabei eine klare Zieldefinition und Aufgabenkritik durchführen: Entscheidend sind die Ziele, die mit einer Ausgabe verfolgt werden, und die Mittel, die dafür eingesetzt werden: Welche Leistungen fördern die Ziele, die für die Stadt wichtig sind? Welche Leistungen sind für diese Ziele entbehrlich bzw. weniger wichtig? Ist die Art der Leistung sinnvoll und wirtschaftlich? Die FDP setzt sich deshalb für eine klare Festlegung von Ziel- und Budgetvereinbarungen in den Haushaltsberatungen im Rat und ein flächendeckendes Controlling ein. In die Finanzplanung müssen auch immer die Folgekosten eingerechnet werden – erst dann ist ein intelligentes Investieren möglich. Das heißt aber auch, dass die Substanz erhalten werden muss – hier zu sparen provoziert steigende Kosten in der Zukunft.

Trotz vieler Differenzen sind sich die politischen Mitbewerber zuweilen in einem sehr ähnlich: In einer Ausgabementalität, die keine Rücksicht nimmt auf die finanzielle Lage der Stadt; immer steht die mehr oder weniger schöne Idee ohne Finanzie-

rungskonzept im Raum. Die FDP fordert alle Fraktionen auf, zu einer priorisierenden Finanzpolitik zurückzukehren: Das Notwendige kommt vor dem Wünschenswerten, die Stadt als Gemeinwesen und Lebensraum für alle kommt vor Gruppeninteressen.

Sparen: Mit gutem Beispiel voran, Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern

Zu einer ehrlichen Finanzpolitik gehört auch das Eingeständnis: Der Verzicht auf neue Aufgaben ist noch kein Sparen. Deshalb muss mittel- und langfristig auch über tatsächliche Einsparungen, das heißt Kürzungen laufender Ausgaben, nachgedacht werden. Dabei muss es darum gehen, dringende und vielen Menschen zugute kommende Leistungen von verzichtbaren Aufgaben zu unterscheiden.

Die Politik sollte sich dabei nicht ausnehmen, sondern vielmehr mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb hat die FDP-Fraktion für eine Kürzung der Fraktionsgelder geworben, die allerdings mehrheitlich abgelehnt wurde. Unsere Fraktion hat daraufhin in den letzten drei Jahren freiwillig auf zehn Prozent der ihr zustehenden Gelder verzichtet. Unseren Antrag zur Etablierung des „papierlosen Mandats“, mit dem durch konsequente Nutzung der digitalen Medien Papierkosten gespart werden können, halten wir aufrecht.

Die Frage, was in Ratingen tatsächlich verzichtbar ist, muss aber breit getragen beantwortet werden. Wir möchten daher in einen Bürgerdialog eintreten und gemeinsam nach Einsparpotential suchen.

„Kommunalsoli“: Ungerecht und belastend

Statt vernünftige Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, belasten SPD und Grüne und ihre Landesregierung vermeintlich „reiche“ Städte mit der „Soldidarumlage“. Ratingen muss nun bis 2022 jedes Jahr rund 4,3 Millionen Euro zahlen. Tatsächlich ist es deutlich mehr, denn diese Summe kann nicht aus dem ohnehin nicht ausgeglichenen Haushalt bezahlt werden – Ratingen muss dafür (noch mehr) neue Schulden aufnehmen. Das Geld wird vor Ort schmerzhaft fehlen. Die FDP lehnt diese Belastung ab und unterstützt die Klage gegen das ungerechte Gesetz der Landesregierung.

Zuschüsse an Dritte

Die Zuschüsse an Vereine werden bislang oft nach dem Prinzip des „guten Willens“ vergeben. Die FDP sieht hier nicht den „Steinbruch“, um zu Lasten des bürgerschaftlichen Engagements zu sparen. Im Gegenteil: Die Zuschüsse stützen zu großen Teilen wichtige Aufgaben, die für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden. Mancher Wahlkampf-Rhetorik setzen wir ein Konzept für eine verlässliche, transparente und zielorientierte Zuschussregelung entgegen.

Die Zuschüsse müssen stärker nach klaren und verlässlichen Kriterien vergeben werden. Das verhindert auch ein „Geschacher“ im Rat, das Zuwendungen mitunter

an persönliche Vorlieben knüpft. Die Zuschüsse müssen generell nach den Kriterien Stadtbezug (kommt der Mitteleinsatz den Bürgerinnen und Bürgern von Ratingen zugute?), Relevanz der Zuwendung (kann das Projekt auch ohne städtische Mittel realisiert werden?) und Stellenwert des Förderungszwecks (ist das Projekt gemeinwohlorientiert oder stärker zielgruppenorientiert?) geprüft werden. Wir fordern eine grundsätzliche Überarbeitung der Förderung durch die Aufstellung eines „Bürgerförderplans“. Dieser Plan soll eine festgelegte Gesamtsumme enthalten, mit der die Stadt freiwillige Zuschüsse gewährt. Durch definierte Aufgabenfelder werden die förderungswürdigen Zwecke festgeschrieben. Für die als zentral definierten sozialen Förderprogramme sollen weiterhin längerfristige Zuwendungen festgeschrieben werden.

1 Heimatstadt *Leben und Wohnen in Ratingen*

Ratingen ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität und viel Potential. Wir wollen das „In Ratingen lebt man gern“ befördern.

1.1 Echte Chancen für die junge Generation

Jungen Menschen können wir kaum etwas Wertvolleres geben als echte Chancen. Das beginnt in bei der frühkindlichen Bildung, geht über die Schulen bis hin zum Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf. Für uns ist klar: Dieser Bereich hat hohe Priorität und erfordert Investitionen, mit der wir die Zukunft der jungen Generation absichern.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung werden wir weiterhin den Ausbau der **Betreuungsplätze** vorantreiben. Ziel muss es sein, dass jedes Kind einen guten Betreuungsplatz mit einem zugewandten, stabilen und fördernden Umfeld und jede Familie ein bedarfsgerechtes Angebot bekommt.

In unsere **Schulen** werden wir weiterhin investieren, um sie als moderne Lernorte zu stärken. Neben der Instandhaltung und Modernisierung der Gebäude sind hier vor allem der Umbau bei Ganztagsangeboten (Mittagsverpflegung, Pausenräume etc.) sowie die Verbesserung der technischen Ausstattung große Themen. Während die Landesregierung von SPD und Grünen die statistische Erfassung des Unterrichtsausfalls ausgesetzt hat, wollen wir an einer Analyse des Ist-Zustands und möglicher Verbesserungsmöglichkeiten festhalten. Gerade weil wir wissen, dass der Schulbesuch für viele Kinder große Anstrengungen bedeutet, wollen wir nicht, dass die vergangene Zeit für Lerninhalte und Förderung einfach unerkannt und folgenlos bleibt. Wir wollen, dass sich alle Kinder in der Schule wohlfühlen. Neben einer individuellen Förderung, die vom Leitbild noch stärker in die Praxis umgesetzt werden muss, spielt auch das Umfeld eine große Rolle. Wir sehen mit Sorge, dass junge Menschen bereits vielfältig belastet sind – etwa aus dem familiären Umfeld, durch Stressempfinden beim Schulbesuch oder durch Mobbing-Erfahrungen. Hier müssen wir gegen-

steuern und Hilfe- und Präventionsangebote machen. Durch die mangelnde Vorsorge der Landesregierung droht die in diesem Kontext enorm wichtige Schulsozialarbeit, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets finanziert wurde, auszulaufen. Hier muss dringend eine Lösung gefunden werden. Die Idee, Lehrerinnen und Lehrer durch den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, findet unsere Zustimmung.

Der **Offene Ganzttag** muss weiterentwickelt werden. Insbesondere der Qualitätsaspekt sollte noch stärker gewichtet werden. Mittelfristig muss ein Gesamtkonzept entworfen werden, dass die Gewichtung von Unterricht, Nach- und Vorbereitung und Hausaufgaben sowie freizeitorientierten Angeboten in Kooperation mit Vereinen und Verbänden vernünftig und zum größtmöglichen Vorteil der Kinder zusammenführt. Insbesondere gilt es, einer Überforderung der jungen Menschen vorzubeugen. Wir unterstützen deshalb die Möglichkeit, Hausaufgaben mit Betreuung und Hilfestellung in der Schule erledigen zu können. Kinder und Jugendliche brauchen auch Raum zur Entfaltung und wirklich „freie“ Zeit.

Die Zukunft der jungen Generation sollten wir schon heute in ihre Hände legen: Die jungen Menschen sind die besten Entscheider in eigener Sache. Kinder und Jugendliche nehmen ihr Umfeld anders wahr als Erwachsene, sie haben andere Bedürfnisse und Anforderungen an Stadtgestaltung, sie bringen andere Ideen und einen anderen Zugang zur Gestaltung ihrer Stadt mit. Gerade weil sie noch nicht im Rahmen des Wahlrechts und anderer Verfahren ihre Stimme einbringen können, sollte die Politik besondere Angebote der Beteiligung bereitstellen. Mit dem **Jugendrat** hat Ratingen ein Gremium, das seit vielen Jahren und landesweit vorbildlich die Beteiligung der Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen sicherstellt. Der Erfolg des Jugendrats hängt in hohem Maße davon ab, wie weit sich die Politik den selbstvertretenden Belangen der jungen Menschen öffnet. In Ratingen hat sich hier parteiübergreifend eine stabile Einbeziehung und hohe Achtung vor den Entscheidungen des Jugendrats etabliert. Beschlüsse des Jugendrats werden in aller Regel von den politischen Gremien nachvollzogen. Die FDP ist allen Beschlüssen des Jugendrats und zuletzt auch der Forderung nach besserer Ausleuchtung des Drupnas-Parks in Lintorf gegen den Sparvorschlag der Verwaltung gefolgt. Wir werden auch weiterhin diese Beteiligungskultur unterstützen, den Jugendrat in Ratingen einbinden und ihn – auch als Vorbild für andere Städte – stärken.

Auch bei der **Inklusion** müssen wir die junge Generation in den Blick nehmen, denn neben strukturellen Barrieren (► *Stabilität, Mobilität*) sind auch Barrieren in den Köpfen zu überwinden: Die Einstellung zur Inklusion ist durch ein frühes gemeinsames Miteinander zu fördern. Hier sind wir auf einem guten Weg, der bei den vielen KiTas beginnt, für die Inklusion selbstverständlich geworden ist. Die Umsetzung der schulischen Inklusion ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Sie muss sich allein am Wohl der Kinder orientieren. SPD und Grüne und ihre Landesregierung haben es jedoch unterlassen, die notwendigen pädagogischen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine gute Umsetzung vor Ort zu schaffen. Eltern, Lehrer und Kommunen sind verunsichert – die Verlierer werden jedoch am Ende die

Kinder mit und ohne Behinderung sein, die nicht mehr angemessen gefördert werden können. Wir setzen uns daher für eine schrittweise Umsetzung der inklusiven Bildung ein, bei der die Qualität der Förderung im Mittelpunkt steht, bei der die Lehrer für ihre Aufgabe vorbereitet und unterstützt werden und bei der die notwendigen finanziellen Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlfreiheit der Eltern muss garantiert werden: Die gute Infrastruktur der Förderschulen und konkret in Ratingen die Comenius-Schule ist zu erhalten, damit der Besuch einer pädagogisch qualifizierten Förderschule in zumutbarer Entfernung möglich bleibt. Die Vorgaben des Landes werden jedoch eine Veränderung der Förderschullandschaft erzwingen. Sinnvolle Verbundlösungen von Förderschulstandorten sind daher zu prüfen, um den Schülerinnen und Schülern auch zukünftig eine gute und ihren Bedürfnissen entsprechende Schulbildung zu ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir schulische Inklusion auch von der anderen Seite aus ermöglichen: Die Förderschulen sollen sich für Kinder öffnen, bei denen kein Förderbedarf festgestellt wurde, die aber von der besonderen Lern- und Förderkultur an den Förderschulen profitieren können. So können kleine Förderschulstandorte weiterentwickelt und damit gesichert werden. Entscheidend ist das Wohl der Kinder und die Wahlfreiheit der Eltern.

1.2 Willkommene Vielfalt: Miteinander der Generationen, weltoffene Stadt

Wir wollen eine Stadt des guten Miteinanders – das zeichnet Ratingen aus. Als Liberale wissen wir: Vielfalt ist ein Gewinn. Unterschiedliche Generationen, unterschiedliche kulturelle Hintergründe, unterschiedliche Lebenserfahrungen sind Ausdruck einer pluralen Gesellschaft und bereichern den Austausch der Menschen.

Der demographische Wandel wird auch in Ratingen Anpassungen bei der Stadtplanung erforderlich machen. Die erfreuliche Tatsache, dass wir alle länger leben, bringt auch große Herausforderungen mit sich. Wir wollen, dass sich die **Seniorinnen und Senioren** in Ratingen sicher sein können, auch im Alter das „In Ratingen lebt man gern“ spüren zu können. Die Angebote der Seniorentreffs müssen gesichert und den Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren entsprechend gestaltet werden. Das Beispiel der breit getragenen Initiative für den „Homberger Treff“ zeigt, dass mit bürgerschaftlichem Engagement gute Angebote geschaffen und nachhaltig gesichert werden können. Durch die zusätzlichen Angebote für junge Menschen konnte hier zudem ein Zeichen für das wichtige und gegenseitig lehrreiche Miteinander von Alt und Jung gesetzt werden. Wir unterstützen die Planungen für Mehrgenerationen-Häuser und altersgerechte Wohnungen, insbesondere in Zentren-Nähe (► *Heute und morgen*). Eine barrierefreie Stadt und eine Stadtplanung, die diese Aufgabe berücksichtigt, ist uns ein besonderes Anliegen (► *Stabilität, Mobilität*). Auch die Arbeit des **Seniorenrats**, der sich engagiert für die Belange der älteren Menschen in unserer Stadt einsetzt, werden wir weiterhin unterstützen.

Ratingen ist eine Stadt mit vielen internationalen Bezügen – viele internationale Unternehmen haben sich in unserer Stadt angesiedelt, viele zugezogene Menschen aus anderen Ländern haben hier ihre Heimat gefunden. Ratingen ist eine weltoffene

Stadt, die stolz ist auf ihre Vielfalt. Wir wissen, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund gut und selbstverständlich integriert ist, und wir bekennen uns zu einer **Willkommenskultur**. Die Erwartung, dass sich Migrantinnen und Migranten um Integration bemühen und dass sich auch die aufnehmende Gesellschaft ihnen öffnet, ist für uns ebenso schlicht selbstverständlich wie die Feststellung, dass alle Menschen hier die gleichen Rechte und Pflichten haben. Die wichtigsten Schlüssel zur Integration sind Sprache und Bildung. Hier wollen wir gerade die jungen Menschen fördern, damit sie gute Chancen für ihren Lebensweg bekommen. Zur Integration gehört auch ein kultursensibler Umgang im Alltag. Wir setzen uns zudem für Integrationslotsen ein, die bei sprachlichen und kulturellen Barrieren, etwa bei Behördengängen oder Schulbesuchen der Eltern, behilflich sein können. Die **interkulturelle Öffnung** der Verwaltung wollen wir vorantreiben. Auch in der Stadtverwaltung sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund willkommen.

Wir wollen, dass sich Migrantinnen und Migranten aktiv in der Politik vor Ort engagieren. Der Integrationsrat muss gestärkt werden, damit er die Belange der Menschen mit Migrationshintergrund vertreten kann. Jeder, der hier dauerhaft lebt, soll die Möglichkeit haben, sein Lebensumfeld mitzugestalten und seine Ideen in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Einwanderer, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten, das **kommunale Wahlrecht** bekommen.

Unser Land profitiert von der Einwanderung. Angesichts der demografischen Entwicklung sind wir zukünftig noch stärker auf **Zuwanderung** angewiesen. Wir bekennen uns auch zu der humanitären Verpflichtung, Menschen Schutz zu bieten vor Verfolgung und Krieg. Steigende Flüchtlingszahlen stellen jedoch eine große Herausforderung dar. Bei der Unterbringung darf es nicht zu einer Überforderung von Nachbarnschaften kommen. Wir werden nicht zulassen, dass sich eine feindliche Stimmung gegenüber Flüchtlingen oder Einwanderinnen und Einwanderern breitmacht.

1.3 Wohnraum Ratingen stärken, Sicherheit und Freiheit bewahren

Ratingen ist ein beliebtes Wohnumfeld und muss als solches erhalten bleiben. Dazu gehört auch, dass wir die Rahmenbedingungen richtig gestalten, um auch zukünftig **bezahlbaren Wohnraum** schaffen zu können. Wir wollen Noch-Nicht-Ratingern die Möglichkeit geben, in unserer Stadt ihre neue Heimat zu finden. Gerade auch junge Familien sollen sich in unserer Stadt wohlfühlen. Wir unterstützen daher die Neuausweisung von Wohnflächen sowie Flächenteilungen von Grundstücken, um eine sinnvolle Verdichtung in bestehenden Baugebieten zu erreichen. Dabei werden wir aber darauf achten, dass bestehende Strukturen nicht zu gravierend beeinträchtigt werden – der unverwechselbare Charakter der Stadtteile muss erhalten bleiben. Baukörper sollen sich harmonisch in das Stadtbild einfügen. Bei neuen Planungen müssen auch die Verkehrsströme berücksichtigt werden, damit die Verkehrsbelastung möglichst gering gehalten werden kann (► *Stabilität, Mobilität*).

Das Landesgesetz zur **Dichtheitsprüfung** ist vom Ansatz her falsch und wird von uns abgelehnt. Die anlasslose Prüfpflicht für private Abwasserkanäle geht zu weit und führt zu hohen Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Die FDP hat sich engagiert gegen das Gesetz und hier vor Ort für eine Umsetzung eingesetzt, mit der Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig belastet werden. Statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Druckprüfung (Wasser, Luft) ist nun eine preiswerte Untersuchung per Videokamera ausreichend. Das ist eine wesentliche Entlastung der betroffenen Haushalte.

Die auch in Ratingen in einigen Bereichen, vor allem bei Einbruchsdelikten, recht hohe **Kriminalität** erfüllt uns mit Sorge. Hier brauchen wir wirksame Maßnahmen. Vor allem muss es der Polizei wieder ermöglicht werden, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Statt landesweiter „Blitzmarathons“ sollte der Schutz der Bürger vor Kriminalität im Vordergrund stehen. Die Kooperation von **Polizei** und Ordnungsdienst wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Beim Betrieb der neuen Polizeistation in Ost sind eine optimale Verkehrsanbindung, moderne Informationstechnik und die ausreichende personelle Besetzung entscheidend.

Leider gibt es auch in Ratingen einige Stellen, die als „**Angsträume**“ gelten. Hier muss es darum gehen, diese Bereiche sicherer zu machen und aufzuwerten. Neben der konsequenten Beobachtung durch Polizei und Ordnungsdienste können auch bauliche Maßnahmen – wie zum Beispiel die bessere Ausleuchtung im Drupnas-Park in Lintorf – eine Verbesserung der Situation herbeiführen.

Insbesondere bei jungen Menschen gilt bei als problematisch empfundenen Treffpunkten der Grundsatz geringer Repression. Die aufsuchende Sozialarbeit („Streetwork“) ist in diesem Sinne zu stärken, die entsprechende Personalausstattung ist sicherzustellen. Ideen wie der vor einigen Jahren diskutierte Vorschlag der Installation sogenannter „Mosquitos“ an der Eishalle, die ein nur für junge Menschen hörbares Pfeifgeräusch abgeben und sie damit von bestimmten Orten fernhalten sollen, lehnen wir als menschenunwürdig ab. Auch wenn diese Geräte schließlich nicht installiert wurden, zeigt das Beispiel, wie wichtig die vernünftige und menschenzugewandte Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit ist.

Gleiches gilt für die **Videoüberwachung** öffentlicher Plätze. Diese lehnen wir als massiven Eingriff in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ab. Das Gefühl der ständigen Beobachtung steht in keinem Verhältnis zum Nutzen: In der Regel kommt es zu Verdrängungseffekten, so dass sich die Kriminalität lediglich an andere Plätze verlagert. Wirkungsvoller ist stattdessen eine verstärkte Präsenz der Polizei.

2 Standort Ratingen *Eine starke Wirtschaft für eine starke Stadt*

Ratingen ist ein attraktiver Standort und gewinnt dadurch seine Stärke. Wir wollen diese Attraktivität auch zukünftig sichern und stärken.

2.1 Anreize statt Belastung – Steuern und Abgaben moderat halten

Wer bei Steuern und Abgaben nur die Einnahmemöglichkeiten sieht, verkennt die Basis eines attraktiven Standorts: Für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen müssen Entwicklungs- und Investitionsmöglichkeiten verbleiben. **Grund- und Gewerbesteuer** wollen wir deshalb moderat halten und damit Planungssicherheit ermöglichen. Steuererhöhungen dürfen nicht als einfaches Mittel der Haushaltspolitik missverstanden werden – eine echte Haushaltskonsolidierung beginnt bei der Aufgabenkritik und nicht mit dem Griff in die Kassen der Unternehmen oder die Geldbörse der Bürgerinnen und Bürger. Perspektivisch sollten wir auch eine Senkung der Steuern im Blick behalten. Städte mit einer anreizorientierten Politik niedriger Hebesätze wie Langenfeld oder Monheim zeigen, dass ein gestärkter Standort auch finanzpolitisch profitiert. Wir wollen neue Unternehmen nach Ratingen einladen und den hier bereits angesiedelten Unternehmen Spielräume für Investitionen am Standort erhalten. Eine Erhöhung der Grundsteuer, die neben den Bürgerinnen und Bürgern mit Eigenheim mittelbar alle Mieterinnen und Mieter trifft, belastet gerade die Haushalte mit geringen Einkommen. Wir wollen aber auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum in Ratingen erhalten und hinzugewinnen (► *Heimatstadt*).

2.2 Gewerbeflächen sichern und weiterentwickeln

Um bestehenden und neuen Unternehmen Perspektiven aufzeigen zu können, wollen wir ein funktionierendes **Gewerbeflächenmanagement** in Ratingen installieren. Neben der Ausweisung neuer Gewerbeflächen muss es vor allem auch darum gehen, Brachflächen zu aktivieren. Dabei wollen wir Angebote für viele verschiedene Branchen schaffen, insbesondere auch für kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk und produzierendes Gewerbe.

Ratingen braucht auch weiterhin **Entwicklungsmöglichkeiten**. Gemeinsam mit dem Kreis müssen wir uns daher gegen Versuche wehren, unsere Entwicklungschancen durch übergeordnete Vorgaben wie Landesentwicklungs- und Regionalplanung im Übermaß einzuschränken.

2.3 Wirtschaftsförderung stärken

Neben Neuansiedlungen und der Förderung von Neugründungen gehört zu einer guten Wirtschaftsförderung auch ein enger Kontakt zu den bereits ansässigen Unternehmen. Dazu ist vor allem eine zentrale und serviceorientierte **Anlaufstelle** in der Verwaltung nötig, die als „Kümmerer“ für alle Belange zur Verfügung steht. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durch die Verwaltung müssen stärker mit dem ent-

sprechenden Ausschuss verzahnt werden. Diskutiert werden müssen nicht nur Neuan siedlungen, sondern auch Abwanderungen von Unternehmen, die bislang nicht transparent dargestellt wurden.

Die FDP unterstützt die von der KomMITT Ratingen GmbH und ihrem Geschäftsführer, Bürgermeisterkandidat Klaus Konrad Pesch, geplante Forcierung beim Ausbau des Glasfasernetzes in Ratingen. Das **Hochgeschwindigkeitsinternet** stellt nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger eine Verbesserung dar, wenn sie datenintensive Dienste wie hochauflösendes TV optimal nutzen können, sondern ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Eine gute Wirtschaftsförderung weiß um die Bedeutung moderner Informations- und Kommunikationstechnik bei der Ansiedlungsentscheidung von Unternehmen. Eine leistungsfähige Anbindung an das Internet ist eine sinnvolle Investition in die Zukunftsfähigkeit Ratingens.

Liberaler Wirtschaftspolitik will die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittelständischen Betriebe, als langfristige und zuverlässige **Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen** unterstützen. Wir wissen: So sichern wir den gemeinsamen Wohlstand. Die wirtschaftsfeindliche Politik von SPD und Grünen und ihrer Landesregierung droht im Gegenteil dazu Wohlstand zu vernichten. Die Überwachung und Einhaltung neuer überflüssiger Landesgesetze, zum Beispiel des Landes-Immissionsschutzgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Tariftreue- und Vergabegesetzes belasten Unternehmen und Verwaltungen für einen fragwürdigen Nutzen.

3 Heute und morgen *Perspektiven der Stadtentwicklung*

In der Innenstadt und in den Stadtteilen hat Ratingen viel zu bieten. Wir wollen eine Stadtplanung, die sowohl die großen Projekte sicher umsetzt, als auch Bestehendes pflegt.

3.1 Stadtplanung mit Konsequenz, Mut und Visionen

Neben den anstehenden Großprojekten und neuen Vorhaben muss der Blick auch auf Bestehendes gelenkt werden. Wir wollen die Bestandspflege sichern und vernünftige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ermöglichen. Wir wollen aber auch mutig in die Zukunft blicken und neben kleinteiligen Maßnahmen den großen Visionen einen Raum geben.

Gerade für die **Innenstadt** ist eine Vision zu entwickeln, die die vielen anstehenden Projekte der Zukunft (Parkhaus Kirchgasse, Markt 17-20, Düsseldorfer Platz) zu einem stimmigen Konzept zusammenfügt. Dabei muss es vordringlich sein, die vorhandenen Strukturen und den Branchen- und Sortimentsmix sowie den speziellen Charakter der Altstadt so in die Planungen einzubeziehen, dass eine echter Mehrwert für die Innenstadt und für die Bürgerinnen und Bürger entsteht. In diesem Sinne

wird sich die FDP für eine langfristige und umfassende Perspektive im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes einbringen.

Im Dialog mit dem Einzelhandel sollte nach Lösungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die **Leerstände** in der Innenstadt und den Stadtteilen gesucht werden. Hinsichtlich nicht genutzter und nachgefragter Bürogebäude sollten Möglichkeiten der Umnutzung geprüft werden. Die **historischen Elemente** in unserem Stadtbild wollen wir erhalten und schätzen daher die privaten Initiativen wie der Rater Jonges, die sich für den Erhalt wertvoller Baudenkmäler einsetzen.

3.2 Ratingen als Einkaufsstadt stärken

Das Potential von Ratingen als Einkaufsstadt muss gehoben werden. Die Politik muss hier die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Insbesondere muss es darum gehen, die Innenstadt und örtliche Zentren attraktiv zu halten und nicht nur durch falsche Reglementierungen in ihrer Entwicklung zu beschränken. Die Diskussion um die **Werbesatzung** für die Innenstadt zeigt deutlich, dass hier Verbesserungsbedarf besteht. Die FDP spricht sich weiterhin für eine kurzfristige Überarbeitung der Werbesatzung im Dialog mit den Einzelhändlern und Gastronomen aus. Die praktische Handhabung der Werbesatzung hat offenkundig werden lassen, dass eine Überarbeitung unumgänglich ist. Statt eines Dokuments zum Schutz der Innenstadt ist ein Dokument des Misstrauens geschaffen worden, das die Händler und Gastronomen massiv reglementiert. Ziel einer Überarbeitung muss es sein, einen fairen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Nutzergruppen der Innenstadt zu schaffen, die Händler und Gastronomen in ihrer unternehmerischen Freiheit nicht zu behindern und damit unsere Innenstadt als Einkaufs- und Aufenthaltsraum attraktiv zu halten.

Zu einer attraktiven Innenstadt gehören auch ausreichende Parkmöglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, neuen **Parkraum** als Ersatz für die wegfallenden Flächen (Parkhäuser Rathaus und Kirchgasse) zu schaffen. Mögliche Standorte sind jedoch hinsichtlich der finanziellen Aufwendungen zu prüfen. Daher unterstützen wir den Vorschlag des Ersten Beigeordneten und Bürgermeisterkandidaten Klaus Konrad Pesch, beim Projekt Kirchgasse auch die Möglichkeit größeren Parkraums zu prüfen.

Die Rückkehr zur 2-Stunden-Regelung, die **kostenloses Parken** in der Innenstadt für zwei Stunden ermöglichte, halten wir trotz mehrheitlicher Ablehnung im Rat aufrecht. Die jetzige Regelung mit einer Stunde wird von den Bürgerinnen und Bürgern massiv kritisiert, weil sie nicht die nötige Zeit für Erledigungen einräumt. Statt Hektik wollen wir Anreize zum Verweilen und Einkaufen in der Innenstadt fördern.

3.3 Großprojekte zielsicher umsetzen

Nach jahrelanger Diskussion und beispielloser Verschleppung hat das Projekt **Rathausabriss und -neubau** nun begonnen. Das auf Initiative der FDP durchgeführte Bürgerbegehren gegen den Neubau ist zwar damals vom amtierenden Bürgermeister

Birkenkamp ignoriert worden. Immerhin hat es jedoch das Bewusstsein für die Kosten und den notwendigen Verzicht auf eine Luxus-Lösung gestärkt. Für die FDP bleibt unabhängig von der jetzt gefällten Entscheidung klar: Der Willen der Bürgerinnen und Bürger darf nicht ignoriert werden. Die folgenlose Durchführung eines Bürgerbegehrens war ein Tiefpunkt der politischen Entscheidungskultur in unserer Stadt (► *Miteinander*). Den jetzigen Kompromiss, der vornehmlich vom Ersten Beigeordneten und gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten Klaus Konrad Pesch geschmiedet wurde, tragen wir mit. Ziel muss es nun sein, den Bau in der geplanten Zeit und innerhalb des geplanten Kostenrahmens umzusetzen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt im neuen Rathaus gute Arbeitsbedingungen zu sichern.

Die Neugestaltung des **Düsseldorfer Platzes** („Busbahnhof“) wird für die Bürgerinnen und Bürger große Vorteile bringen. Es ist erfreulich, dass eine Modernisierung und auch die barrierefreie Gestaltung nun auf den Weg gebracht wurden. Völlig unnötig und angesichts der finanziellen Situation verantwortungslos ist aber die mehrheitlich beschlossene Dimensionierung des Projekts: Statt vernünftiger Investitionen in eine nutzerfreundliche Infrastruktur wird Ratingen rund 2 Millionen Euro für ein überdimensioniertes Glasdach bezahlen, das zudem hohe Folgekosten (Reinigung, Instandhaltung) befürchten lässt. Die FDP spricht sich konsequent gegen das Luxus-Dach aus. Das hier investierte Geld fehlt für wichtige Investitionen, die den Bürgerinnen und Bürgern wirklich zugute kommen könnten.

Das Parkhaus **Kirchgasse** ist für die Schaffung attraktiven Einzelhandels überplant worden. Die Erfüllung dieses stadtplanerischen Ziels darf nicht ohne Weiteres aufgegeben werden, sondern ist mit Nachdruck zu verfolgen. Attraktiver Einzelhandel ist für eine Stärkung der Innenstadt unverzichtbar. Wir bekennen uns zum beschlossenen Neubau der Häuser **Markt 17-20**. Die architektonische Gestaltung muss sich dem kleinteiligen Charakter der Altstadt anpassen. Bei der Nutzung ist insbesondere Wert auf attraktiven Einzelhandel zu legen. Bei der Neugestaltung des Geländes der **alten Feuerwehr** (Lintorfer Straße) bietet sich die Möglichkeit, altersgerechtes und Mehrgenerationen-Wohnen sowie niedrigpreisigen Wohnraum in den Blick zu nehmen. Im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplans für das Gebiet **Felderhof II** müssen alle Möglichkeiten zur Optimierung des Projekts genutzt werden. Vorhaben, die der Neubelebung und nachhaltigen Sicherung des Freizeitgebietes **Blauer See** dienen, werden unsere Unterstützung finden. Das Potential des Geländes mit Naturbühne, Märchenzoo, Freizeiteinrichtungen und Natur sollte gehoben werden können.

4 Stabilität, Mobilität *Eine tragfähige Infrastruktur*

Eine gut ausgebaute und nutzerfreundliche Infrastruktur ist wesentlich für die Entwicklung und Stärke von Ratingen. Wir unterstützen einen mobilitätsfördernden und zukunftsfesten Ausbau.

4.1 Vielseitigkeit bewahren – Ausgleiche bei der Nutzung schaffen

Ratingen hat viel zu bieten: eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur und große grüne Flecken. Beides muss geschützt werden. Wir wissen um die Notwendigkeit des Ausgleichs zwischen dem Bedarf an Mobilität und den Problemen des Verkehrs, insbesondere im Hinblick auf die **Lärmbelastung**. Die in Ratingen vorgenommene Lärmkartierung sollte als Anhaltspunkt für weitere Planungen dienen. Insbesondere muss es darum gehen, die besonders belasteten Gebiete nicht weiter zu be- und wenn möglich zu entlasten. Verkehrsanbindungen an die bestehende Infrastruktur müssen optimiert werden, damit eine zunehmende Verkehrsbelastung aus den Wohngebieten ferngehalten werden kann.

Noch immer ist es leider nicht selbstverständlich, dass Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt und ohne Barrieren am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Das beginnt bei einer umfassenden **Barrierefreiheit** der öffentlichen Gebäude, Straßen und Plätze, die realisiert werden muss, und einer Stadtplanung, die die Belange der Menschen mit Behinderung stärker berücksichtigen muss. Bei neuen Bauprojekten wie auch bei Modernisierungen sind die Belange der Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Die Behindertenverbände müssen obligatorisch und frühzeitig einbezogen werden. Öffentliche Gebäude sowie Internetangebote müssen barrierefrei gestaltet sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Arten von Behinderung auch unterschiedliche Anforderungen an Barrierefreiheit stellen. Bereits zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr hatte die FDP eine Initiative für barrierefreie Wahlräume auf den Weg gebracht, die jedoch im Rat mehrheitlich abgelehnt wurde. Den Wählerinnen und Wählern sollten Informationen zur Gestaltung der einzelnen Wahlräume zur Verfügung gestellt werden, aus der hervorgeht, welche Wahlräume für welche Nutzergruppen (mobilitätseingeschränkte Menschen, Rollstuhlfahrer, sehbehinderte und blinde Menschen) barrierefrei nutzbar sind. Zudem sollte auf die Möglichkeit, in einem anderen Wahlraum als dem örtlich zugeordneten wählen zu können, noch einmal aufmerksam gemacht werden, damit die baulich jeweils günstigsten Wahlräume aufgesucht werden können. Auch Informationen über Unterstützungs-, Fahr- und Begleitdienste, die etwa Wohlfahrtsverbände und Vereine anbieten, sollten soweit möglich aufbereitet werden. Mittelfristig müssen Wahlräume, die nicht barrierefrei sind, ertüchtigt werden.

Die Barrierefreiheit in der Innenstadt ist von der FDP ebenfalls thematisiert worden – auch hier wollen wir zukünftig weiter für gute Lösungen werben. Gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen ist die Begehung des **Kopfsteinpflasters in der Innenstadt** unangenehm bis unmöglich. Der glattgepflasterte Randstreifen, der auch von den Geschäften und Gastronomen genutzt wird, ist für die ausweichenden Nut-

zer zu schmal. Die Verfung oder alternative Lösungen wie eine Verbreiterung des Randstreifens bis hin zu einer teilweisen oder kompletten Neupflasterung müssen geprüft werden. Damit ist auch die Möglichkeit einer „Befriedung“ der Diskussion um die Werbesatzung möglich, die zu unnötigen „Frontstellungen“ geführt hat (► *Heute und morgen*). Es wurde versucht, die Anliegen der verschiedenen Nutzergruppen – Einzelhandel/Gastronomie und mobilitätseingeschränkte Menschen – gegeneinander auszuspielen. Tatsächlich ist Barrierefreiheit aber ein Thema, das grundsätzlich angesprochen werden muss: Wir wollen eine attraktive Innenstadt für alle Nutzer. Dazu gehört an erster Stelle, dass die Wege auch für mobilitätseingeschränkte Menschen begehbar sind.

4.2 Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur

Mobilität bedeutet Teilhabe und Entwicklungschancen. Wir setzen uns deshalb für eine an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Verkehrsinfrastruktur ein. Dabei muss ein gutes Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer gesichert werden. Ratingen muss neben einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt auch eine Stadt mit guten Verhältnissen für den Kraftfahrzeugverkehr und guten Angeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sein. Bei einem bedarfsgerechten ÖPNV sind auch die besonderen Bedürfnisse älterer und jüngerer Menschen zu berücksichtigen, etwa durch barrierefreie Haltestellen oder eine Ausweitung der Fahrtzeiten und -strecken im ÖPNV.

Wir bekennen uns weiterhin zu den **Projekten** Autobahnanschluss A524 Lintorf/Breitscheid, Ausbau der A44, L239n und der Reaktivierung des Personenverkehrs auf der Ratinger Weststrecke. Die Bahnhöfe Hösel und Ratingen Ost müssen hinsichtlich der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung weiterentwickelt werden. Angesichts bestehender oder wie aktuell in Lintorf steigender Verkehrsbelastung unterstützen wir verkehrsberuhigende Maßnahmen und fordern eine frühzeitige **Einbindung der Bürgerinnen und Bürger** zur Lösung aktueller Verkehrsprobleme.

Der **Flughafen** Düsseldorf International ist mit Ratingen eng verbunden: Er ist einerseits eine wichtige Grundlage für unsere Wirtschaftskraft und ein wichtiger Standortfaktor für unsere Unternehmen. Andererseits sind Gebiete Ratingens durch den Lärm der Flugzeuge belastet. Die FDP hat sich stets für einen Dialog mit dem Flughafen eingesetzt und tritt für einen Ausgleich der Interessen ein. Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens dürfen nicht einseitig zu Lasten der Ratinger Bürgerinnen und Bürger gehen. Hierfür werden wir uns in der Flughafenkommission weiter einsetzen.

4.3 Landschaft schützen

Beim Thema **Flächenverbrauch** setzen wir auf Ausgleich: Wir brauchen Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Stadt und unsere Unternehmen. Wir wissen aber auch, wie wertvoll und schützenswert unsere Landschaft ist. Die Ertüchtigung von Brachflächen hat daher immer Vorrang vor neuem Flächenverbrauch. Auch die

landwirtschaftlichen Bereiche sind als Teil unserer regionalen Landschaft zu schützen.

Fracking darf nicht zugelassen werden, wenn die Risiken nicht umfassend ausgeschlossen sind. Vor allem darf das Grundwasser nicht durch Chemikalien gefährdet werden. Die Beweispflicht liegt allein bei den interessierten Unternehmen. Sie müssen nachweisen, dass die Risiken umfassend ausgeschlossen werden können und dass ein allgemeiner Nutzen zu erwarten ist. In Wasserschutzgebieten und bei Gefährdung des Grundwassers ist Fracking generell auszuschließen.

5 Freie Zeit *Aktiv in Ratingen*

Eine hohe Lebensqualität wird auch durch ein gutes Freizeitangebot gebildet. Wir wollen ein breites und vielfältiges Angebot als Teil der Ratinger Wohnattraktivität.

5.1 Sportbegeistert – Sport begeistert

Ratingen ist eine Stadt mit vielen Sportangeboten und vielen sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürgern, die diese gerne nutzen. Wir wissen um die große gesellschaftliche Bedeutung, die der Sport für Integration und Zusammenhalt, für Gesundheit und Prävention und für eine aktive Freizeitgestaltung hat. Vor allem wissen wir um das große ehrenamtliche Engagement in den Vereinen, das für das breite sportliche Angebot unverzichtbar ist. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das hochwertige Angebot in Ratingen erhalten bleibt, gepflegt und modernisiert wird. Die Neugestaltung der Sportplätze in Hösel, Breitscheid und Homberg mit Kunstrasen und den Bau neuer Umkleideräumlichkeiten in Lintorf, Breitscheid und Ratingen-West haben wir unterstützt. Insbesondere die kooperative Planung und Finanzierung von Stadt und Vereinen ist von uns stets als vorbildlich begrüßt und begleitet worden. Bei einer Weiterentwicklung des Offenen Ganztags (► *Heimatstadt*) müssen auch die Sportvereine miteinbezogen werden.

5.2 Erholung suchen und finden

Freie Zeit soll in erster Linie der Erholung dienen. Dafür müssen die vorhandenen Potentiale von Ratingen gesichert werden. Die Grünflächen, Parks und Wälder sind als wichtiger Teil der Naherholung zu schützen. Wir wollen, dass Ratingen an Freizeitattraktivität gewinnt. Deshalb unterstützen wir die Gastronomen (► *Heute und morgen*) und andere Anbieter, die attraktive Angebote in Ratingen schaffen. Insbesondere die jungen Menschen in unserer Stadt vermissen altersgerechte Angebote. Hier wollen wir nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Für das Freizeitgebiet Blauer See ist eine Neubelebung weiterhin anzustreben (► *Heute und morgen*).

5.3 Vielfalt der Kultur würdigen und stützen

Ratingen hat auch im kulturellen Bereich viel zu bieten. Diese Vielfalt wollen wir weiter fördern und damit auch für Ratingen werben. Dabei sollten auch neue Konzepte für die Museen und die Kooperation mit umliegenden Kulturangeboten geprüft werden. Die lokalen Kulturschaffenden müssen weiterhin gute und attraktive Präsentationsmöglichkeiten ihrer Werke und ihres Könnens bekommen. Wir wollen auch die Vereine der Migrantinnen und Migranten und ihre kulturellen Beiträge einbeziehen und damit die Vielfalt der Kultur in Ratingen darstellen. Das breite kulturelle Veranstaltungsangebot – Fest der Kulturen, ZeltZeit, Theaterveranstaltungen, Kulturtage – wird auch zukünftig genauso unsere Unterstützung finden wie die Arbeit der Orchester und Chöre. Das große private Engagement, das viele Veranstaltungen – beispielhaft der Kulturstiftung Haus zum Haus – erst möglich macht, verdient Anerkennung und Unterstützung. Gerade auch für junge Menschen müssen kulturelle Angebote gemacht werden. Die vielfältigen Angebote der Musikschule sind hier ein wichtiger Beitrag. Wir werden die Musikschule in ihrer Arbeit und ihrer Förderung von Musikerinnen und Musikern sowie bei der Ausrichtung von Wettbewerben weiterhin unterstützen. Die Programme zum „Kulturrucksack“ und die „Kinder führen Kinder“-Veranstaltungen wollen wir fortführen. Für junge Bands müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um Proberäume zur Verfügung stellen zu können. Das Stadtmuseum wollen wir auf seinem Modernisierungsweg und bei neuen Konzeptionen weiter begleiten. Die Einrichtung eines „Blindenpfads“ für Menschen mit Sehbehinderung empfehlen wir zur Prüfung.

6 Miteinander *Bürgerinnen und Bürger beteiligen*

Ein gutes Miteinander lebt vom Engagement und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen dieses Engagement stärken und Informationsangebote verbessern.

6.1 Bürgerschaftliches Engagement als Basis unseres Gemeinwesens

Der große Wert des Ehrenamts steht außer Frage. Ehrenamtliches Engagement erbringt nicht nur wichtige Leistungen für Einzelne, Gruppen und die Gesellschaft, die anderweitig nicht erbracht werden können. Es ist auch Ausweis einer hohen Gemeinwohlorientierung und damit Stütze eines guten Miteinanders. In Ratingen engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Initiativen oder im privaten Bereich für ihre Mitmenschen. Dieses Engagement verdient unsere Anerkennung und muss stärker gewürdigt werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Ehrenamtliche in ihrem Einsatz unterstützt und gefördert werden. Insbesondere die Möglichkeiten der Hilfestellung und Kooperation von Seiten der Verwaltung müssen geprüft werden.

Die Zuschüsse der Stadt für Vereine und Verbände müssen verlässlich, transparent und fair vergeben werden. Die FDP möchte mit einem „Bürgerförderplan“ Kriterien für die Förderung erarbeiten und eine verlässliche Grundlage schaffen (► *Unser Ziel: Weniger Schulden, mehr Chancen*).

6.2 Leitbild einer kooperativen Verwaltung etablieren

Unser Leitbild für die Stadtverwaltung ist das einer bürger- und serviceorientierten Verwaltung mit zentralen Ansprechpartnern, kurzen Entscheidungswegen und einer pragmatischen Handlungsweise. Die Entscheidungen von Politik und Verwaltung müssen zudem durchschaubarer werden. Gerade mit dem Einsatz moderner Kommunikationsmedien kann grundsätzlich mehr **Transparenz und Erklärung** stattfinden. Die Diskussion um die Umsetzung des Kommunalabgabengesetzes bei der Erneuerung von Laternen in Homberg und Lintorf hat deutlich den Verbesserungsbedarf aufgezeigt. Insbesondere wenn Bürgerinnen und Bürger direkt von Abgaben oder Entscheidungen betroffen sind, ist eine frühzeitige und umfassende Information sicherzustellen. Auch bei Bau- und Verkehrsprojekten müssen die Bürgerinnen und Bürger einbezogen und über geplante Vorhaben informiert werden.

Der bislang sehr restriktive Umgang mit Anträgen auf Akteneinsicht muss verbessert werden. Die Ratsmitglieder als legitimierte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger müssen gerade bei strittigen Fragen die Möglichkeit zur Prüfung bekommen.

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht auch Regeln und Vorschriften – allerdings nur die wirklich notwendigen. Wir setzen uns im Sinne von **Bürokratieabbau** dafür ein, überflüssige Regeln abzuschaffen. Deswegen werden wir weiterhin Satzungen prüfen und unnötige Vorschriften abschaffen. Neue Satzungen werden wir, wenn immer möglich, zeitlich befristen. Sie müssen kontinuierlich auf ihre Notwendigkeit geprüft werden.

Die Stadt Ratingen muss auch als Arbeitgeber attraktiv bleiben und ihrer **Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** der Stadtverwaltung nachkommen. Wir möchten ein konstruktives, kooperatives und faires Klima in der Verwaltung unterstützen und stellen insbesondere an die Führungskräfte im Rathaus den Anspruch, in diesem Sinne für ein gutes „Betriebsklima“ zu sorgen. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren auf die Notwendigkeit eines Personalentwicklungskonzeptes hingewiesen, das eine tragfähige Planung für die Zukunft abbildet. Insbesondere muss es darum gehen, erfahrene und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ratingen zu halten und neues, qualifiziertes Personal zu gewinnen.

6.3 Erklären und beteiligen

Die Vertreter der FDP sind **ansprechbar** und offen für einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen gewinnt durch faire und transparente Verfahren, die zur Beteiligung an der Willensbildung einladen. Wir wollen – wo immer möglich – die Hintergründe und Entschei-

dungsmotive dem Bürger zugänglich machen, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird. Kommunalpolitik lebt zudem von der Beteiligung – wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich bei der Gestaltung unserer Stadt einzubringen.

Die Möglichkeit der Beteiligung im Rahmen von **Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden** muss gestärkt werden. Die Durchführung solcher Verfahren darf nicht behindert werden, ihre Ergebnisse sind selbstverständlich zu achten. Der Bürgerentscheid gegen den Abriss und Neubau des Rathauses (► *Heute und morgen*), dessen Ergebnis vom amtierenden Bürgermeister Birkenkamp ignoriert wurde, zeigt, wie wenig die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger trotz aller Bekenntnisse geachtet wird. Hier sind ein Umdenken und auch eine Prüfung neuer Beteiligungsverfahren erforderlich.

Wir setzen uns auch innerhalb der etablierten und bewährten Wahlverfahren der repräsentativen Demokratie für mehr Mitentscheidung ein und fordern die Einführung der Wahlmöglichkeit zum **Kumulieren und Panaschieren** bei Kommunalwahlen. Mit Kumulieren und Panaschieren erhalten die Wählerinnen und Wählern mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Vertretungen, weil sie innerhalb der Parteilisten gewichten können. Wer allerdings weiterhin so wählen möchte, wie bisher, soll dies auch tun können.

Ihre Stimme für 6 Jahre Zukunft

Am 25. Mai 2014 haben Sie die Wahl: Stimmen Sie für die, die an die Zukunft denken, damit wir unseren Kindern Chancen statt Schulden hinterlassen. Stimmen Sie für die, die die finanziellen Spielräume erhalten wollen, um uns auch zukünftig etwas leisten zu können. Stimmen Sie für die, die das Leben und Wohnen in Ratingen attraktiv halten wollen und die Vielfalt würdigen. Stimmen Sie für die, die Ratingen als Standort stärken wollen und deshalb klug investieren in gute Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen und eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur. **Stimmen Sie für die FDP.**

Wir möchten unsere Arbeit im Rat fortsetzen und uns für eine gute Zukunft unserer Heimatstadt einsetzen. Dafür bewerben wir uns bei Ihnen – mit diesem Programm und unseren Kandidatinnen und Kandidaten. **Für 6 Jahre Zukunft in Ratingen.**

Anträge der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Ratingen 2009-2014

(Auswahl abrufbar unter www.fdp-ratingen.de)

26.10.2009	Flächennutzungsplan Lintorf, Rehhecke (Vorlage 276/2009)
16.11.2009	Einmündung Kreuzstraße/Mülheimer Straße
23.11.2009	Zuständigkeitskatalog Wirtschaftsförderungsausschuss (mit CDU)
07.12.2009	Benchmark-Verfahren Kommunaler Klimaschutz
<hr/>	
18.01.2010	Kaufhaus Aufferbeck
18.01.2010	Werbegesetz
25.01.2010	Pädagogisches Zentrum Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium
25.01.2010	Energieberatung Kreis Mettmann/Stadt Ratingen
25.01.2010	Spritzschutz Brachter Straße
25.01.2010	Markt 17-20 Jury-Sitzung
25.01.2010	Ausländeramt
04.02.2010	Wirtschaftsförderungsausschuss (Vorlage 331/2009)
03.03.2010	Sanierung Rathaus (Vorlage 393/2009)
23.03.2010	Bahnhof Ost
14.05.2010	Vergabe Schulbuchlieferung
19.05.2010	Sanierung Rathaus (Vorlage 393/2009)
14.06.2010	Teilnahme "Audit Familiengerechte Kommune"
01.07.2010	OGATA (Vorlage 169/2010)
21.07.2010	Manege Lintorf, Kündigung Kooperationsvertrag Förderverein
06.09.2010	Stadtteiltreff Ratingen Homberg (mit CDU, B90/Grüne, SPD)
20.09.2010	Windkraftkonzentrationszone
27.09.2010	Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nach der GemO
15.10.2010	Katholisches Gemeindezentrum Homberg
21.10.2010	Krötentunnel Rehhecke 50, Stichstraße Vodafone
25.10.2010	Klärung Sachverhalt zu Vorwürfen gegen Dr. Roman Netzel
23.11.2010	Knabenchor Hösel
29.11.2010	Kulturausschuss, Haushaltsmittel 2011 (mit CDU, SPD)
<hr/>	
14.01.2011	Erdgasbohrungen
17.01.2011	Wirtschaftsförderung und Gewerbeentwicklungsflächen
27.01.2011	Planungskosten Sportfreianlage Jahnstraße
07.02.2011	Unterbau-Nanotechnologie gegen Schlaglöcher
09.02.2011	Kreisverkehr am Real Markt Breitscheid (mit CDU, BU, Linke)
17.03.2011	Linksabbiegespur Brachter Straße/Altenbrachtweg
04.04.2011	Auflösung Werner-Heisenberg-Schule
11.04.2011	Neumontierung von Pollern auf der Krummenweger Straße
14.04.2011	Aufzüge Brücke Tiefenbroicher Straße
18.05.2011	Kreisverkehr Tiefenbroicher Straße/Ina-Seidel-Straße
30.05.2011	Zaunanlage Tiefenbroicher Straße/Kalkumer Straße
14.06.2011	Basismusikalisierung Grundschulen (Vorlage 143/2011)
04.07.2011	Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen (Vorlage 370/2010)
11.07.2011	Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen (mit CDU, BU)
18.07.2011	Parkraum (Vorlage 371/2009)
18.07.2011	Parkhaus Kirchgasse und Markt 17-20
26.07.2011	Vollausbau Bahnhofstraße

01.08.2011	K10 n/B-Plan Ost 367
01.09.2011	Akteneinsicht: Niederschlagswassergebühr
10.10.2011	Brücke Tiefenbroicher Straße
10.10.2011	Leitplanken Auffahrt Lintorfer Brücke
01.11.2011	Einrichtung Gleichstellungsrat für Behinderte
21.11.2011	Vandalismus Wendehammer Vodafone/Rehhecke
05.12.2011	Kosten Teilsanierung Rathaus
12.12.2011	Präsenz städtischer Mitarbeiter Lintorfer Friedhof (mit CDU)
<hr/>	
23.01.2012	Trennung Pflichtaufgaben und freiwillige Zuschüsse im Sozialbereich
25.01.2012	Abfallentsorgung
26.02.2012	Verkaufsoffener Sonntag Automeile (Vorlage 54/2012)
13.04.2012	Computerkurs Seniorentreff Ost (Vorlagen 46/2012, 93/2012)
23.04.2012	Parkmöglichkeiten Wallstraße
12.06.2012	Kooperations- und Nutzungsvertrag Homberger Treff
21.08.2012	Windkraftkonzentrationsflächen im Regionalplan
03.09.2012	Papierlose Mandatsträger
03.09.2012	Werbesatzung
04.10.2012	Spielstraße Rosendalstraße/Backeskamp
23.10.2012	Berücksichtigung Flächen Breitscheid im Regionalplan
29.10.2012	Umbau Sportplatz Lintorf (mit CDU)
27.11.2012	Aufnahme von Asylbewerber/innen
<hr/>	
21.01.2013	Verkehrerschließung Esprit-Outlet, Bürgeranträge (Vorlage 389/2012)
31.01.2013	Neuregelung der Rundfunkgebühren
19.02.2013	Vergaberichtlinie der EU zur Privatisierung der Wasserversorgung
25.02.2013	Lichtliefervertrag
27.02.2013	Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
07.03.2013	Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
14.03.2013	Förderzuschüsse Düsseldorfer Platz
17.03.2013	Erweiterung der Kita Ulmenstraße
26.03.2013	Werbesatzung
29.04.2013	Parkraumbeschaffung (Vorlage 88/2013)
16.05.2013	Werbesatzung
07.06.2013	Barrierefreie Gestaltung der Fußgängerzone
01.07.2013	Schülerspezialverkehr Homberg
24.07.2013	Anhörung Lichtliefervertrag am Pferdeskamp
16.08.2013	Parkhaus Kirchgasse
26.08.2013	Akteneinsicht Leuchtenerneuerungen
05.09.2013	Sitzung Flughafenkommission (mit CDU, SPD, B90/Grüne)
13.09.2013	Barrierefreiheit von Wahlräumen
24.10.2013	Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
08.11.2013	Deponie Breitscheid
19.11.2013	Satzung Beiträge für Straßenbaumaßnahmen
27.11.2013	Dichtheitsprüfung - Aufhebung der Satzung der Stadt Ratingen
<hr/>	
03.02.2014	Parkhaus Kirchgasse
12.02.2014	Schulwegsicherung Homberg
11.03.2014	Kreuzung Jägerhofstraße/Am Roten Kreuz/Am Rosenkothen
02.04.2014	Bebauungsplan 172 Ost - Peter-Jansen-Straße